

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
26. HuFA 2009-2014
Sitzungsdatum:
09.10.2013

Niederschrift**

Übach-Palenberg, den 09.10.2013

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.07.2013
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
 - 2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.01.2013 aus öffentlicher Sitzung
 - 2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.03.2013 aus öffentlicher Sitzung
3. Festlegung der Termine für die Bürgerempfänge der Stadt Übach-Palenberg
4. 33. Bürgerempfang 2014 hier: Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg
5. Kostenbeteiligung bei Trauungen im Schloss Zweibrüggen
6. Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Friedhof in Boscheln
7. Gestaltungssatzung für den Bebauungsplan Nr. 86 Saarstraße
8. Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes; hier: Umsetzung Parkraumbewirtschaftung
9. Jahresabschluss 2009
10. Erweiterungen zur Tagesordnung
11. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

12. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
- 12.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.01.2013 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 12.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.03.2013 aus nichtöffentlicher Sitzung
13. Vertragsangelegenheit
- 13.1 Neuordnung der WestEnergie und Verkehr GmbH (west)
14. Grundstücksangelegenheiten
- 14.1 Grundstückstausch Gewerbegebiet Weißenhaus: Flur 12, Flurstück 92
- 14.2 Erwerb eines Grundstücks im Gewerbegebiet Weißenhaus: Flur 12, Flurstück 91
- 14.3 Veräußerung einer Teilfläche der Grundstücke Flur 28 Nr. 58 u. 59 - Hasenbuschstraße -
- 14.4 Veräußerung eines Gewerbegrundstückes im Gewerbe- u. Industriegebiet Weißenhaus zur Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von Babymilchpulver
15. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 15.1. Zustimmung zur Grundvereinbarung und zum Gestattungsvertrag zwischen dem Kreis Heinsberg, der Stadt Übach-Palenberg und Deutsche Glasfaser Netz Entwicklung GmbH und Deutsche Glasfaser Netz Operating GmbH
16. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Franz Bergstein	UWG	
Herr Herbert Fibus	SPD	als Vertreter für Stadtverordnete Bartel
Herr Peter Fröschen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP	
Herr Walter Junker	CDU	
Frau Norma Kuhlmeier	SPD	
Herr René Langa	CDU	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	

Frau Corinna Weinhold UWG
Herr Heiner Weißborn SPD

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder
Herr Stadtamtsrat Dieter Gudehus
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong

bis Ender der öffentlichen Sitzung

Schritfführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Er wies auf die vorgesehene Erweiterung der Tagesordnung um Punkt 15.1 hin und ließ hierüber abstimmen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um den Punkt 15.1 "Zustimmung zur Grundvereinbarung und zum Gestattungsvertrag zwischen dem Kreis Heinsberg, der Stadt Übach-Palenberg und die Deutsche Glasfaser Netz Entwicklung GmbH und die Deutsche Glasfaser Netz Oberating GmbH" erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung 2 Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung 1 Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.07.2013

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom

10.07.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung

2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.01.2013 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.01.2013 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.03.2013 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.03.2013 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. Festlegung der Termine für die Bürgerempfänge der Stadt Übach-Palenberg

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Terminfestlegung für die zukünftigen Bürgerempfänge eigenständig vorzunehmen. Hierzu ist die Kombination mit dem Neujahrskonzert der Anton-Heinen-Volkshochschule anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. 33. Bürgerempfang 2014 hier: Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg

Stadtverordneter **Weißborn** schlug Paul Josef Gerschel vor.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** bat darum, einen Vorschlag für die zweite zu benennende Person erst in der Ratssitzung abgeben zu dürfen. Man habe bisher leider noch keine Gelegenheit gehabt, mit der Person, die man sich vorstelle, zu sprechen.

Beschluss:

Folgende Person wird in die Auswahlkommission berufen:

Herr Paul Josef Gerschel

Die Berufung der zweiten Person erfolgt erst in der kommenden Sitzung des Rates auf Vorschlag der CDU-Fraktion. Insoweit wird der Tagesordnungspunkt an den Rat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. **Kostenbeteiligung bei Trauungen im Schloss Zweibrücken**

Beschlussempfehlung:

Ab dem 01.11.2013 gelten für Anmeldungen von Trauungen in Übach-Palenberg folgende Regelungen:

Brautleuten stehen für Trauungen im Rathaus der kleine Sitzungssaal und das Dienstzimmer des Standesbeamten zur Verfügung.

Allen Brautleuten wird auch weiterhin das Trauzimmer im historischen Ambiente des Schlosses Zweibrücken zur Trauung angeboten. Zur Deckung der zusätzlichen Unkosten wird jedoch von Auswärtigen Brautleuten ein Entgelt in Höhe von 150,00 € erhoben.

Brautleute, von denen mindestens ein Partner seinen Wohnsitz in Übach-Palenberg hat, werden von der Entrichtung des Entgeltes freigestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. **Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Friedhof in Boscheln**

Stadtverordnete **Kuhlmey** erklärte, sie freue sich, dass eine solche Gedenkstätte nun zeitnah eingerichtet werden könne. Andere Städte haben dies auch bereits getan.

Der vorgeschlagene Gedenkstein gefalle ihr sehr gut. Sie fragte, ob die Gedenkstätte in die Friedhofsatzung aufgenommen werde und ob es Gebühren/ Kosten geben werde.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** erläuterte, dies komme letztendlich darauf an, für welche Variante man sich entscheide. Wolle man ausschließlich eine Gedenkstätte ohne Bestattungsmöglichkeiten errichten, bedarf es keiner Satzungsänderung

und es fallen auch keine Gebühren an. Wenn man sich für die Bestattungsmöglichkeit entscheide, müsse man entscheiden, ob man hierfür Gebühren erheben wolle.

Stadtverordnete **Kuhlmey** erklärte, sie spreche sich für Variante 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung aus, also mit Bestattungsmöglichkeit.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** schloss sich dem an.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, auch sie halte diese Variante für die vernünftigste.

Stadtamtsrat **Gudehus** wies darauf hin, dass man hier von Sammelbestattungen rede. Diese würden vom Bestatter durchgeführt werden. Seitens der Stadt würde sich der Friedhofsgärtner um das Grabfeld kümmern. Weitere Kosten für die Stadt entstünden nicht, so dass seiner Meinung nach die Bestattungsmöglichkeit gebührenfrei angeboten werden könne.

Stadtverordnete **Kuhlmey** erklärte, dass sie dies begrüßen würde. Sie fragte, ob es eigene Gestaltungsmöglichkeiten für die Eltern geben werde.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** antwortete, auf dem Grabfeld sei dies nicht möglich.

Stadtamtsrat **Gudehus** ergänzte, es bestehe aber die Möglichkeit, an den vorgeschlagenen kleinen Grabsteinen Blumen abzulegen.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass darüber hinaus auch die Möglichkeit bestehe, das Kind in einem normalen Reihengrab zu bestatten oder in einem bestehenden Grab beizulegen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er begrüße es, dass den Eltern somit alle Möglichkeiten eröffnet werden.

Stadtverordnete **Weinhold** schloss sich dem an.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, dass er an dieser Stelle ganz besonders dem Stifter des Gedenksteins, dem Steinmetz und Bildhauer Frank Peters, danken wolle.

Stadtamtsrat **Gudehus** wies darauf hin, dass mit einer Fertigstellung der Gedenkstätte wohl nicht vor Frühjahr 2014 zu rechnen sei.

Beschlussempfehlung:

Auf dem Friedhof in Boscheln wird eine Gedenkstätte für Sternenkinder mit der Möglichkeit der Beisetzung eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. **Gestaltungssatzung für den Bebauungsplan Nr. 86 Saarstraße**

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** erläuterte, die Verwaltung schlage eine Konkretisierung einer Formulierung in § 5 der Gestaltungssatzung vor, und zwar sollte der Satz "Die Stärke der Wärmedämmung ist zwischen den Doppelhäusern gleich zu gestalten." durch den Satz "Direkte Versprünge in der Fassadengestaltung, die aus einer Veränderung des Wandaufbaus resultieren, sind nicht zulässig." ersetzt werden, um Missverständnissen vorzubeugen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde der vorliegenden Gestaltungssatzung mit der vorgeschlagenen Änderung zustimmen. Er wolle an dieser Stelle nochmals ausdrücklich Technischem Angestellten Engels für seine Arbeit in der Angelegenheit danken.

Stadtverordneter **Rißmayer** fragte in Bezug auf die o. g. Formulierung, ob es richtig sei, dass die einzelnen Eigentümer nicht mehr frei über eine Wärmedämmung entscheiden können.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** antwortete, in Bezug auf die Dicke des Wandaufbaus müssten sich die Eigentümer untereinander abstimmen, weil unterschiedliche Dicken nicht zulässig seien. Der Erste, der einen Wandaufbau vornehme, setze quasi den Maßstab.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass diese Regelung somit Vorrang vor energetischen Aspekten habe. Unter diesen Umständen werde er heute keine Entscheidung treffen können und sich bei der Abstimmung enthalten.

Beschlussempfehlung:

Die vorliegende Gestaltungssatzung für den Bebauungsplan Nr. 86 Saarstraße wird mit folgender Änderung in § 5 beschlossen: Der Satz "Die Stärke der Wärmedämmung ist zwischen den Doppelhäusern gleich zu gestalten." wird durch den Satz "Direkte Versprünge in der Fassadengestaltung, die aus einer Veränderung des Wandaufbaus resultieren, sind nicht zulässig." ersetzt (die Gestaltungssatzung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

8. **Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes; hier: Umsetzung Parkraumbewirtschaftung**

Kämmerer **Beeck** erläuterte, dass eine entsprechende Entscheidung in der vorliegenden Angelegenheit in der vergangenen Ratssitzung auf die heutige verschoben worden sei. Die Verwaltung habe damals bereits einen Vorschlag unterbreitet, den wolle sie wieder aufgreifen. Er gehe allerdings davon aus, dass die Aufsichtsbehörde einer Streichung der Maßnahme Parkraumbewirtschaftung nicht

zustimmen werde, wenn keine weiteren Kompensationsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion wolle keine Parkraumbewirtschaftung. Dies habe sie bereits deutlich gemacht. Er bitte die Verwaltung Kompensationsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Stadtverordnete **Weinhold** schloss sich dem an, weil sowohl eine Parkraumbewirtschaftung am Naherholungsgebiet als auch in den Hauptgeschäftsstraßen kontraproduktiv sei.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, keiner wolle wohl gerne eine Parkraumbewirtschaftung einführen, sondern nur, weil halt die Haushaltssituation dies verlange. Er wolle darauf hinweisen, dass sowohl die CDU- als auch die UWG-Fraktion damals für den Haushaltssanierungsplan gestimmt haben, der als eine Maßnahme die Parkraumbewirtschaftung umfasst habe. Er sei gespannt, wie man diese Maßnahme jetzt kompensieren wolle. Er würde sich ja freuen, wenn dies gelänge, aber er habe hierzu keine Idee.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, man habe die Parkraumbewirtschaftung damals im Rahmen des Sanierungsplanes beschlossen. Wenn Stadtverordneter G. Gudduschat jetzt sage, die CDU-Fraktion habe keine Parkraumbewirtschaftung gewollt, stimme dies nicht, da sie damals für den Haushaltssanierungsplan gestimmt habe. Man könne diese Maßnahme jetzt doch nur streichen, wenn es eine Alternative gebe. Der Beschluss könne doch jetzt nicht lauten, wir streichen die Maßnahme und die Verwaltung wird beauftragt eine Alternative zu erarbeiten. Er schlage vor, festzuhalten, dass grundsätzlich keiner im Rat ein Freund der Parkraumbewirtschaftung sei, aber eine Absetzung der Maßnahme erst dann erfolge, wenn eine Alternative erarbeitet worden sei.

Bürgermeister Jungnitsch ließ über den Vorschlag des Stadtverordneten Rißmayer abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Es wird festgehalten, dass sich grundsätzlich niemand für die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung ausspricht, die Maßnahme aber erst abgesetzt wird, wenn eine Kompensationsmöglichkeit hierfür erarbeitet worden ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. Jahresabschluss 2009

Kämmerer **Beeck** wies darauf hin, dass er Listen ausgegeben habe, auf der die Stadtverordneten eintragen können, ob sie den Jahresabschluss als Datei oder in Papierform erhalten möchten.

Bei dem Tagesordnungspunkt gehe es heute nur um eine Kenntnisnahme. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 erfolge erst mit dem Jahresabschluss 2011.

10. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

11. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

Anfragen

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** wies darauf hin, dass er darum gebeten habe, den Planentwurf der neuen Straßenführung Ortsumgehung Scherpenseel zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, der Planentwurf werde als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er habe gehört, dass sich der Bürgermeister gegenüber der Presse dazu geäußert habe, dass Leute, die Transferleistungen beziehen, aus Übach-Palenberg wegziehen. Stimme dies und um wie viele Personen handele es sich hier wohl?

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** bestätigte den Wegzug. Es gebe wohl verschiedene Gründe hierfür. Unter anderem werden diese Leute in Geilenkirchen mit den dort angebotenen Sozialwohnungen "geködert". Auch werde wohl der Umzug des Jobcenters nach Geilenkirchen ein Grund hierfür sein. Man müsse sich auch eingestehen, dass in Übach-Palenberg nicht so viele gute Sozialwohnungen zur Verfügung stehen. Die genaue Anzahl der Wegzüge von Personen mit Transferleistungen kenne er nicht.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, wenn man eine solche Aussage treffe, müsse man diese auch belegen können. Dies habe ja auch finanzielle Auswirkungen für Übach-Palenberg. Er bitte darum, die Zahl nachzureichen.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** antwortete, soweit dies möglich sei. Die genaue Zahl lasse sich nur schwer ermitteln.

Bürgermeister Jungnitsch schlug vor, das Thema in einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Bildung und Kultur zu behandeln.

Anfrage der CDU-Fraktion:

Stadtverordneter **G. Gudduschat** verwies auf die neuen gesetzlichen Regelungen zu Wasserschutzgebieten und fragte nach den Auswirkungen für Übach-Palenberg. Er wolle wissen, ob es im Stadtgebiet überhaupt Wasserschutzgebiete gebe, ob welche geplant seien und ob die Stadt beabsichtige, eine freiwillige Satzung hierzu zu erlassen.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** antwortete, es gebe keine Wasserschutzgebiete in der Stadt Übach-Palenberg und es werde auch nach gegenwärtigem Kenntnisstand keine geben. Insoweit habe sich die dritte Frage erübrigt.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 17.29 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 17.37 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin